

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Preisliste: Einzelheft 10 Pf., 10 Hefte 1.00 Mk., 3 Monate 2.80 Mk., 6 Monate 5.50 Mk., 1 Jahr 10.00 Mk. ...

Mit den Gratisbeilagen: Der rote Stern, Der kommunistische Gewerkschaftler, Rote Hilfe, Die Kommunistin, Der Genossenschaftler, Tribüne, Der Jungprolet ...

Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 60. Telefon: Breslau 1111. ...

## Löbe bei Hindenburg

### Um die Nachfolge der Lutherregierung

(Sig. Drahtb.) Berlin, 7. Dezember. Besten empfangen Reichspräsident Hindenburg den Reichstagspräsidenten Voebke zu einem Vortrag über die parlamentarische Lage. Wenn auch der Inhalt der Ansprache ...

werbslos. angesichts der energischen Forderung der Arbeitermassen nach Lohn-erhöhungen und Wiederherstellung des Achtstundentages, angesichts der Erbitterung der schlecht bezahlten Beamten, angesichts der Not des kleinen und mittleren Bauerntums, sieht das Bürgertum dem kommenden Winter mit Furcht und Sorge entgegen. ...

## Die Lutherregierung zurückgetreten!

(Sig. Drahtb.) Berlin, 7. Dezember. Am Sonnabendnachmittag 6 Uhr übertrug der Reichskanzler Dr. Luther dem Reichspräsidenten den Rücktritt der Lutherregierung. Bis zur Neubildung einer Regierung wird Luther die Geschäfte weiterführen. ...

IV. Weder eine neue Rechtsregierung, noch ein Kabinett der bürgerlichen Mitte, noch die Große Koalition kann den Volksmassen irgend etwas nützen. Jede dieser parlamentarischen Kombinationen würde nur das beharrliche Vordringen der Reaktion härten und die wirtschaftliche Notlage verschärfen.

V. Die Kommunistische Partei hält es daher für absolut notwendig, den reaktionären Reichstag vom 7. Dezember sofort aufzulösen. Der Kampf der werktätigen Massen muß mit dem Ziel einer Arbeiter- und Bauernregierung aufgenommen werden, die allein einen Ausweg aus der Krise schaffen kann. ...

## Pläne über die Regierungsbildung

(Sig. Drahtb.) Berlin, 7. Dezember. Am Dienstag wird der Parteiausschuss der SPD. zusammentreten, der zur Lage Stellung nehmen wird. Die SPD. betont, daß die entscheidenden Bezüge charakteristischer Weise nicht von diesem Parteiausschuss, sondern von der Reichstagsfraktion gefaßt werden sollen. ...

VI. Die dringendsten Maßnahmen der Stunde sind: 1. Weitgehende Unterstützung der Erwerbslosen und Kurzarbeiter. 2. Wiederherstellung des Achtstundentages. 3. Sofortige Erfüllung der Forderungen der Beamtenorganisationen. 4. Umfassende Hilfsaktion für die kleinen und mittleren Bauern. 5. Verhinderung der Erhöhung der Mieten. ...

## KPD. und Regierungskrise

(Sig. Drahtb.) Berlin, 7. Dezember. Die Kommunistische Partei läßt sich in ihrer Haltung zur gegenwärtigen Regierungskrise von folgenden Gesichtspunkten leiten: 1. Der unmittelbare Anlaß zum Rücktritt der Lutherregierung ist der Austritt der Deutschnationalen wegen des Abchlusses des Locarnopaktes. ...

7. Auflösung und Strafverfolgung der monarchistischen Organisationen. 8. Vollamnestie für alle proletarischen Gefangenen; schonungslose Säuberung der reaktionären Klassenjustiz. 9. Bruch mit der Dawes- und Locarnopolitik. ...

VII. Die Kommunistische Partei richtet an die Sozialdemokratie, an den ADGB, an das Reichsbanner, an alle proletarischen und wirklich republikanischen Organisationen die Aufforderung, sich in einheitlicher Front für die Erfüllung dieser elementarsten Interessen der arbeitenden Bevölkerung einzusetzen. ...

## Ueber 100.000 Erwerbslose im Rheinland!

(Sig. Drahtb.) Essen, 7. Dezember. Das Landesarbeitsamt berichtet über den Arbeitsmarkt und die Wirtschaftslage in der Rheinprovinz u. a.: Die Zahl der unterstehenden Volkserwerbslosen in der Rheinprovinz hat die Zahl von 100.000 überschritten. ...

Geht in die Kassenstuben von Tür zu Tür. Geht in Betrieb zu den Kollegen. Geht in die Gewerkschaftsversammlungen. Geht in die Versammlungen der Gewerkschaften. Geht zu den Geschäftsleuten. Geht jeden Weg! Ihr werdet überall Obsterwillige finden und Partei in Not!

## Severing oder Jwan der Schreckliche

Von Hugo Oberlein, AdR. Es ist fürchterlich, es ist schrecklich: der Minister des Innern Severing hat einen Ertrag herausgegeben, nach dem den alten monarchistischen Generalen und den faschistischen Gemeindeführern das Betreten der Kasernenhöfe der Schutzpolizei verboten ist. ...

Derselbe Severing, der die monarchistischen Beamten in Preußen und die faschistischen Gemeindeführer gebildet hat, der seinen von ihm ein Härtlein gekrönt, in der Lieke zu Tausenden liebepoll in seine Schutzpolizei aufgenommen hat! ...







# Millionen in Not!

## Hilfe den Erwerbslosen!

Was noch bis in die letzten Tage hinein von bürgerlicher und häufig auch von sozialdemokratischer Seite zu vernehmen oder abzuleugnen versucht wurde, ist heute ohne Zweifel: Wir befinden uns in einer Wirtschaftskrise, die sich von Woche zu Woche verschärft, und die im Laufe der letzten Wochen bereits katastrophale Dimensionen angenommen hat. Die „Stabilisierung“ der deutschen Wirtschaft macht sich bemerkbar in Form von Hunderten und Tausenden von Betriebsstilllegungen. Die „Dollarkrisis“, deren Aufgehen wir beim Beginn des ersten Winterjahres in den Spalten des „Vorwärts“ und der „Volkswacht“ bewundern konnten, hat sich in Betriebsauflösungen und zahllose Konkurse verwandelt. 80 Prozent aller umlaufenden Wechsel gehen zu Protokoll. Zehntausende kleiner Existenzen im Handel und Gewerbe stehen vor dem Ruin.

Die Zahl der Erwerbslosen schwoll zu Millionen. Nach amtlichen Zahlen waren am 15. Oktober 299 000 unter 15-jähriges Alter die Erwerbslosen vorhanden. Am 15. November war diese Zahl wiederum nach amtlichen Angaben bereits auf 499 000 gestiegen. Diese Zahlen geben kein zureichendes Bild, sie sind nur ein Bruchteil der viel größeren Zahl der wirklich vorhandenen Erwerbslosen. Ungezählt bleiben die bereits Ausgesessenen und ebenso diejenigen, deren Karenzzeit noch nicht abgelaufen. Nach einer offiziellen Statistik beträgt die Zahl der Arbeitslosen in ganz Deutschlands jetzt:

1 200 000 Erwerbslos.

• h. mit Frauen und Kindern etwa 5-6 Millionen Menschen befinden sich schon jetzt in größter Not, in Hunger und Elend! Noch kurze Zeit — es werden zehn, zwölf und fünfzehn Millionen werden, die in bitterster Kälte, zerissen und zerlumpt, hungernd und stierend Hilfe heißen — sofort. Die Hilfe rufe der Erwerbslosen aus dem Rheinland, aus Mitteldeutschland, aus Berlin und fast allen Provinzen Deutschlands, auch aus Schlesien zeigen, wie groß die Not der Opfer der kapitalistischen Gesellschaft ist.

Der Reichstag, unsere famose Volksvertretung, schläft locarnobelossen. Die Zoll- und Wucherregierung Luther ist zwar zurückgetreten, regiert aber im Einverständnis des „Reichers“ lustig weiter — allerdings ist sie nicht mehr „kompetent“, die schwierige Frage der Erwerbslosigkeit zu regeln. Wohl aber ist sie noch kompetent, im Reichstag ein Gesetz vorzulegen, das sich „Arbeitslosenversicherung“ nennt, in Wirklichkeit aber alle Lasten der Erwerbslosenfürsorge reiflos auf die Arbeiterschaft abwälzt, die Erwerbslosen reiflos zu Gelerten machen soll. Demgegenüber hat die kommunistische Fraktion einen

### Gegenentwurf betreffend Erwerbslosen- und Kurzarbeiterfürsorge

eingebracht, dessen Wortlaut wir hier folgen lassen:

### Entwurf eines Gesetzes betreffend Erwerbslosen- und Kurzarbeiterfürsorge.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

#### I. Einrichtung der Fürsorge.

§ 1. Die Gemeinden sind verpflichtet, eine Fürsorge für Erwerbslose und Kurzarbeiter einzurichten. Aufgabe dieser Fürsorge ist: die Unterstützung der Erwerbslosen bis zur Wiedereingliederung in den Produktionsprozess und der Kurzarbeiter bis zu deren Vollbeschäftigung. Die Fürsorge darf nicht den Reichscharakter einer Armenunterstützung tragen.

§ 2. Gemeinden, die trotz des vorhandenen Bedürfnisses keine oder keine genügende Erwerbslosen- oder Kurzarbeiterfürsorge einrichten, müssen auf Anordnung der in diesem Gesetz vorgesehenen Verwaltung eine solche einrichten. Wegen einer diesbezüglichen Anordnung gibt es keine Behörde; sie ist endgültig.

#### II. Unterstützung.

§ 3. Die Fürsorge wird jedem Erwerbslosen und Kurzarbeiter ohne Unterschied des Alters und Geschlechts gewährt, soweit dessen tatsächliche Lage davon Gehalt nicht durch das Reich, die Länder, die Gemeinde oder durch den Unternehmer oder den Krankheits-, Unfall- und Invalidität durch die Reichsversicherungsordnung, das Reichsversicherungsamt oder durch die öffentliche Fürsorge sichergestellt ist.

Die Fürsorge wird während der ganzen Dauer, vom Tage des Beginns der Erwerbslosigkeit oder Kurzarbeit an, gewährt. Zeitliche Beschränkungen der Fürsorge dürfen nicht stattfinden. Insbesondere wird die Fürsorge auch gewährt:

- a) allen Arbeitern, die von Streiks und Ausperrungen betroffen sind,
- b) den Invaliden, die einer Krankenversicherung nicht unterliegen,
- c) den abgeleiteten unteren und mittleren Beamten,
- d) den aus der Schutz-, Untersuchungs- oder Strafbast Entlassenen.

§ 4. Die Höhe der Unterstützung der männlichen und weiblichen Erwerbslosen entspricht jeweils dem (männlichen) Tariflohn der Industrie- oder Berufsgruppe, der der Erwerbslose angehört. Kurzarbeiter erhalten den Differenzbetrag zwischen ihrem tatsächlichen und dem Tariflohn, den sie bei Vollarbeit erhalten würden, als Unterstützung.

#### § 5.

Von der Fürsorge können nur solche Erwerbslose und Kurzarbeiter ausgeschlossen werden, die sich beharrlich weigern, eine Arbeit anzunehmen, die dem Beruf und der körperlichen Fähigkeit der Erwerbslosen entspricht, und wo der Betriebsrat der betreffenden Arbeitsstelle gegen die Einstellung keinen Einspruch erhebt und der tarifliche Lohn und der Achtstundentag garantiert sind.

#### § 6.

Die Fürsorge darf weder von der sogenannten „Bedürftigkeit“ noch von der Leistung einer Arbeit im Sinne der „Pflichtarbeit“ abhängig gemacht werden.

#### III. Produktive Erwerbslosenfürsorge.

§ 7. Hauptziel der Fürsorge muß sein: die Beschaffung von produktiver Arbeit für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter. Die Mittel der Fürsorge dürfen aber nur verwendet werden für im öffentlichen Interesse liegenden Arbeiten, wobei unter allen Umständen der tarifliche Lohn und der Achtstundentag garantiert sein müssen.

Alle Arbeiter im Sinne der produktiven Erwerbslosenfürsorge unterliegen der Kontrolle der Gewerkschaften, Betriebsräte und der Erwerbslosenträte.

§ 8. Private Unternehmungen dürfen Kredite aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht gewährt werden.

#### IV. Versorgung im Krankheitsfall.

##### § 8.

Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung zuständig ist, muß alle Erwerbslosen, die zu unterstützen sind, bei der allge. einen Ortskrankenkasse ihres Bezirks, oder wo eine solche nicht vorhanden ist, bei einer anderen Krankenkasse, die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat, und deren Leistungen denen der allge. einen Krankenkasse entsprechen, gegen Krankheit versichern. Sie hat jeden Erwerbslosen bei Eintritt der Erwerbslosigkeit sofort bei der Krankenkasse anzumelden und die vollen Beiträge für ihn zu entrichten. Der Versicherte ist abzumelden, sobald er wieder in Beschäftigung steht, die die Krankenversicherungspflicht voraussetzt.

##### § 9.

Als Grundlohn gilt der tarifliche Lohn, den der Erwerbslose vor Eintritt der Erwerbslosigkeit hatte.

#### V. Invaliden- und Altersversicherung.

##### § 10.

Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung zuständig ist, ist verpflichtet, für die Erwerbslosen während der Dauer der Erwerbslosigkeit die gesetzlichen Beiträge für die Invaliden- und Angestelltenversicherung in der Höhe zu entrichten, die für den Erwerbslosen vor Eintritt der Erwerbslosigkeit maßgebend waren.

#### VI. Verwaltung und Verfahren.

##### § 11.

Die Verwaltung der gesamten Erwerbslosenfürsorge unterliegt Selbstverwaltung Körpern, die sich aus je drei Vertretern der Gewerkschaften, Betriebsräte und Erwerbslosenträte zusammensetzen. Sie haben alle dringlichen Fragen im Rahmen des Ge-

## Unsere Forderungen:

1. Beschaffung von Arbeit für alle Arbeitslosen.
2. Verbot von Betriebsstilllegungen eventuell Übernahme durch Staat und Kommunen und Fortführung unter Kontrolle der Betriebsräte.
3. Festsetzung des achtstündigen Arbeitstages (im Bergbau sieben Stunden unter Tage) als Höchsttariflohn.
4. Sofortige Inanspruchnahme von Notstandsarbeiten durch Staat und Gemeinden unter Zahlung des Tariflohnes. Beseitigung der Pflichtarbeit.
5. Festsetzung der Unterstützungssätze auf mindestens 80 Prozent des ortsüblichen Tariflohnes.
6. Zahlung der Unterstützung vom ersten Tage der Erwerbslosigkeit an unter Wegfall jeder Karenzzeit an alle Erwerbslose für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit.
7. Zahlung der Erwerbslosenunterstützung an alle Kurzarbeiter für die ganze Dauer der Feiertagen oder Feiertagszeiten.
8. Stellung der Arbeit nachweislich unter der Kontrolle der Erwerbslosenträte und zuständigen Gewerkschaftsorgane.
9. Zur Flüssigmachung der hierzu notwendigen Mittel: Beschlagnahme aller Vermögen und Vermögenswerte, aller Schlösser, Villen, Güter usw. usw. aller früheren Kaiser, Könige, Fürsten, Herzöge, Grafen usw. usw. Rückforderung und unerbüßliche Eintreibung aller bereits an diese bezahlten sogenannten Entschädigungen, Renten usw.
10. Nieder mit dem arbeitserfindlichen, verlassenden Arbeitslosenversicherungsgesetz!

jedes, inabesondere die Art und Methode der Verwaltung der Fürsorge, die Festsetzung des Bedürfnisses der Einrichtung einer Fürsorge in der Gemeinde sowie die hierfür notwendigen Anordnungen zu treffen.

##### § 12.

Einspruch gegen Entscheidungen der örtlichen Fürsorge ist bei der Landesfürsorge einzureichen, die sich gleichfalls aus je drei Vertretern der Gewerkschaften, Betriebsräte und Erwerbslosenträte zusammensetzt.

Die Unternehmer sind verpflichtet, der Erwerbslosenfürsorgeverwaltung jede gewünschte Auskunft zu erteilen.

#### VII. Aufbringung der Mittel.

##### § 14.

Die gesamten Mittel, die zur Beschaffung der Arbeitslosigkeit und zur Fürsorge für die Erwerbslosen erforderlich sind, werden den Gemeinden vom Reich zur Verfügung gestellt.

#### VIII. Schlussbestimmungen.

##### § 15.

Dies Gesetz tritt mit den Tage der Verkündung in Kraft. Alle auf die Erwerbslosenfürsorge bezugnehmenden Verordnungen und Bestimmungen werden aufgehoben.

Die Arbeiterschaft und die Erwerbslosen werden die Annahme des Arbeitslosenversicherungsgesetzes als einen Schritt zur Rettung nur begrüßen und die Annahme des kommunistischen Antrages nur erwidern können, wenn sie geschlossen und einheitlich den Kampf dagegen aufnehmen.

Die Gewerkschaften sind die zur Organisierung und Führung dieses Kampfes besten Organisationsorgane. Die Haltung der revolutionären Gewerkschaften ist jedoch ihre Kraft in die Waagschale zugunsten der Arbeiterschaft zu setzen. Die Arbeiter müssen darum in den Betrieben zu den Fragen Stellung nehmen, müssen in den Gewerkschaftsversammlungen die Reformen anregen, die Kraft der Gewerkschaften für die Schaffung einer wirklich im Interesse der Arbeiter liegenden Erwerbslosenfürsorge einzusetzen. Nur wenn es gelingt, die Massen in den Gewerkschaften und Betrieben zu mobilisieren, wird es möglich sein, das notwendige Geld zu Fall und den Erwerbslosen Hilfe zu bringen.

Um aber der augenblicklichen Not abzuhelfen, müssen die Erwerbslosen von den Arbeiterorganisationen und durch die Mobilisierung der Massen die Durchsetzung folgender Forderungen von den Kommunen erreichen:

1. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um mindestens 100 Prozent.

2. Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützungssätze.
3. Nachzahlung von Rente auf die Unterstützungssätze darf nicht erfolgen, wenn dem Rentempfänger durch sein Verhalten besondere Kosten erwachsen.
4. Andere Abgabe von den Unterstützungssätzen dürfen nicht erfolgen.
5. Die Stadtverwaltungen müssen genehmigt werden, von der Landes- und Reichsregierung die sofortige Inanspruchnahme großer Notstandsarbeiten zu fordern, um die Erwerbslosen, insbesondere die ausgegrenzten, bei Bezahlung des vollen Tariflohnes zu beschäftigen.
6. Streichung der Karenzzeit von 24 resp. 30 Wochen nach § 18 der Verordnung der Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 und sofortige Wiedereinführung der entsprechenden in die Erwerbslosenfürsorge.

Außerdem müssen von den Erwerbslosen in Verbindung mit den Betriebsräten, Arbeiterorganisationen und den kommunalistischen Fraktionen durchzuführende Maßnahmen zur Sicherung der Kindererziehung eingeleitet und durchgeführt werden. Dabei ist als allgemeine Maßnahme gegen die Erwerbslosigkeit zu fordern, daß die Stadtverwaltungen für verbilligte Lebensmittel für die Arbeitslosen sorgen. Die kommunalistischen Fraktionen müssen beantragen, daß alle Inflations- und Arbeitslosenunterstützung und an gekletterte Kurzarbeiter und Erwerbslosen je nach dem Grade ihrer Bedürftigkeit Zuschüsse zu ihren Unterstützungsleistungen in Form von Naturalleistungen erhalten.

Weiter gilt es, durchgreifende Maßnahmen gegen die Wohnungsnot zu treffen. Die Stadtverwaltungen müssen durch Beiträge verpflichtet werden, Mittel beizustellen um in dringenden Fällen einen Zuschuß zur Arbeiterwohnungen unter kommunaler Regie und Verwaltung. Weiter muß zur Beseitigung der gegenwärtigen Wohnungsnot nachdrücklich gefordert werden, durch Verleihen von großen Wohnungen Wohnraum zu schaffen für die unter der Wohnungsnot leidende Bevölkerung zu schaffen. Diese Maßnahmen sind um so notwendiger, da durch die auf den Friedenshand erhöhte Miete eine neue Flut von Räumungsverurteilen kommt und dadurch das Wohnungsbedürfnis noch mehr verschärft wird, als es bis jetzt der Fall war.

Alle diese Forderungen der Erwerbslosen lassen sich nur dann durchsetzen, wenn es gelingt, eine tatkräftige und zielstrebige Opposition in den Gewerkschaften zu schaffen, die die Sabotage der Bürokratie bricht und die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft zum Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, gegen Staat und Unternehmertum herstellt.

Die Not der Millionen schreit zum Himmel. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft in und außerhalb der Betriebe sich zusammenschließt, sich organisiert, sich organisiert in den Gewerkschaften und unter Führung der kommunistischen Partei den Kampf aufnimmt gegen die Ausbeuterklasse. Niederringt das ganze schmutzige kapitalistische System mit seiner Bourgeoisregierung und sich schafft aus eigener Kraft ein System: die sozialistisch-kommunistische Wirtschaftsordnung unter einer Regierung der Werktätigen in Stadt und Land.

## Ein erster Schritt

Der Ortsausschuß des ADGB, Liegnitz erläßt folgende Bekanntmachung:

Näherung! Erwerbslose! Näherung!

Am Montag, den 23. November 1925, fand im Volkshaus eine überfüllte Versammlung der gewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen statt. In dieser Versammlung wurde beschlossen, daß unter Berücksichtigung der immer mehr steigenden Zahl der Erwerbslosen eine Vertretung derselben als notwendig erscheint. Die Vertretung arbeitet in enger Verbindung mit den freien Gewerkschaften in Liegnitz, die vertreten werden durch den Ortsausschuß des ADGB, Liegnitz. Einstimmig wurden in diesen Ausschuss gewählt die Gewerkschaftskollegen Wilhelm Friedrich, August Schönefeld und Hermann Steing.

Irgendwelche Beschwerden der Erwerbslosen, ganz gleich welcher Art, sind an einen dieser drei Vorbenannten schriftlich oder mündlich zu richten. Diese Beschwerden werden nach einer gemeinsamen Besprechung mit der Vertretung der Gewerkschaften behandelt und an die in Frage kommenden Behörden weitergegeben und vertreten.

Dadurch ist für die Erwerbslosen eine Interessvertretung geschaffen, die wir bitten, in Anspruch zu nehmen, um einen geregelten Verkehr mit den Behörden durchzuführen. Ortsausschuß des ADGB, Liegnitz.

Wenn es sich nur um „Beschwerden“ und einen „geregelten Verkehr mit den Behörden“ handelt, so ist das völlig ungenügend. Trotzdem begrüßen wir diesen ersten Schritt in der Hoffnung, daß die Liegnitzer Arbeiterschaft diesem weiteren folgen läßt, um zu einer wirklichen Interessvertretung der Erwerbslosen zu kommen. In allen Gewerkschaften und Ortsausschüssen des ADGB, in allen Orten Schlesiens muß dem Beispiel von Liegnitz gefolgt werden. Unsere Genossen müssen sofort alle geeigneten Schritte hierzu unternehmen. In allen Betrieben müssen die Gewerkschaften sich reiflos den Gewerkschaften anklieben, müssen durch gemeinsamen Druck alle Gewerkschaftsinstanzen zwingen, wie in Liegnitz Erwerbslosenträte zu bilden, die gemeinsam mit den gewerkschaftlich vereinigten Massen den Kampf gegen Betriebsstilllegungen, gegen Erwerbslosigkeit, um Lohn und Brot organisieren. Die Arbeiter in den Betrieben, vom gleichen Schicksal wie die Erwerbslosen Kollegen bedroht, müssen in ihrem eigenen Interesse die Arbeit der gewerkschaftlichen Erwerbslosenunterstützung mit allen Mitteln unterstützen.







Solales

Partei in Not

Im Industrieort W. Abenddämmerung. Ein blauer Ordnungshüter stolziert nicht ganz sicher auf den Beinen, die Straß...

— Helft der Partei!

Sonnenwende

Von Dr. Ober-Geball

Die Sonne lacht von ihrer lichten Höhe und Finsternis deckt rings die Erde zu. In ihren Glitten lachen unsere Mäner...

Ein böhmisches Arbeiter sagte zu diesem Gedicht des freischaffenen Predigers noch folgende Strophen hinzu, die dem Ganzen erst den Kern gibt.

Und wiederum nach 1900 Jahren in fernem Osten ist ein Stern erschienen, der Strahlen wirft in unsere finstere Welt...

Polizei gegen Hungernde

Der Magistrat schreibt:

In den sechs Kreisstellen des Städtischen Wohlfahrtsamtes macht sich immer mehr das Bedürfnis nach polizeilichem Schutz bemerkbar.

Wenn der Magistrat glaubt, mit der Vorklärung von Hauptursachen der Not begehren zu müssen, sagen wir ihm daß er auf dem falschen Wege ist.

Erwerbslosennot und Stadtparlament

Auf der Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung standen einige Punkte weniger, als es zur Gewöhnlichkeit der Fall ist.

Als erstes wurden Dringlichkeitsanträge behandelt. Bandmann (SPD.) sprach sehr lange über die sogenannte zwingende Notwendigkeit, das Kulturleben der Stadt durch Stadtheaterzuschüsse zu fördern.

Manche Stadtverordnete scheinen plötzlich das Empfinden zu haben, ziemlich überflüssig zu sein. Deshalb stellte Dr. Warf (SPD.) den Antrag, eine Sonderkommission einzusetzen, die „Ersparnismöglichkeiten“ prüfen soll.

Oberpräsident Zimmer gegen die Arbeiterkinder

1300 Kinder von Erwerbslosen am ihre Hoffnungen betrogen!

Breslau, 7. Dezember.

Vaslet die Kinderlein zu mir kommen.

Die Internationale Arbeiterhilfe plante, den Kindern der Dreihundert Erwerbslosen zu Weihnachten eine große Gabe zu machen. Da die eigenen Mittel der I.A.H. angesichts der von Tag zu Tag wachsenden Zahl der Gelüste um Unterstützung nicht ausreichte, wandte sich Genosse J. Schöner an die Polzei...

Offenbar aber hat Herr Zimmer in seinem Eifer und Mangel an Tatkraft, irgend eine der üblichen Verurteilungen gegen die I.A.H. ausgesprochen und da die „Polizei“ ihm nun ein altes Steuergesetz in der Ausübung seines Amtes...

Der Oberpräsident. An die Internationale Arbeiterhilfe. Breslau. Der an der hiesigen Herrn Polizeipräsidenten gerichtete Besuch vom 4. d. Mtz., um Erteilung der Genehmigung zur...

Veranstaltung einer Hausammlung zugunsten bedürftiger Arbeiterkinder ist bekanntlich über mir vorgelegt worden. Nach Prüfung der Verhältnisse bedauere ich, dem Wunsche nicht entsprechen zu können.

Der Oberpräsident. J. A. des. Schöner.

Herr Zimmer hat sich die Ablehnung des Besuchs der I.A.H. sehr bezaun gemacht. Warum scheitert er die geistigen Anstöße zur Begegnung seiner Antwort? Die Arbeiterkinder haben ein berechtigtes Interesse daran, zu erfahren, was die „Prüfung“ ergeben hat.

Wie hätte Herr Zimmer vor 20 Jahren, als er noch bescheidener Angestellter des Transportarbeiterverbandes war, gegen einen solchen Erfolg gewettert?

Und heute, wo Schlesien über 38000 Arbeitslose zählt, verstoßt der eitle Transportarbeiter und lahme Sozialdemokrat die Oberwelt mit einer der wenigen Hilfsquellen zur Abwendung der Not der Arbeiterkinder.

Wie groß die Not unter diesen Familien ist, geht daraus hervor, daß im Monat November 1300 Gelüste nach Unterstützung an die I.A.H. gerichtet wurden. 1300 Kinder sind durch den so laiderdämonischen Oberpräsidenten um ihre Weihnachtshoffnungen betrogen worden.

Der von juristischer Weisheit überfließende Regierungsrat Hamburg er erklärte vor den Wahlen in einer SPD. Versammlung, dem Provinzialparlament gegen die Tätigkeit des Herrn Zimmer nicht an. Nun, unsere neugewählte Fraktion im Provinzialparlament wird es sich trotz ihrer juristischen Schwächen nicht nehmen lassen, die legendäre Tätigkeit des ersten Beamten der Provinz nach Gebühr zu beleuchten.

Aus der Provinz

Schmiedberg. Stadterordneten der Sammlung. Man zuweilen die Hauszinssteuer verwendet wird, kam in der letzten Stadterordnetenversammlung verächtlich heraus. Das der Kirche gehörige Kinderheim war mit einem großen Kostenaufwand umgebaut worden.

Also so stolz brauchen die Herrschaften auf ihre so teuer erstandene Kinderanstalt zu sein. Aber für die geplatzten Mütter und Proletarier wächst die Pflicht, die Zustände zu bessern. Das kann nur durch festen Anschluß an die kommunistische Partei geschehen, die ihre Interessen rücksichtslos vertritt.

Parteiveranstaltungen

- Des. Ost. Bis Dienstag Untertafelbesprechung. Roter Frontkämpfer-Bund. Des. Nord. (nebst Jungfrauen) Montag, 7.30 Uhr, Wierstraße 7. Versammlung.

Kommunistischer Jugend-Verband

- Breslau. Jung Spartakus, Des. Nord. Montag, 4.30 nachm., auf dem Schloßplatz. Sympathisierende willkommen. Des. West. Montag, 5. Uhr, Marktplatz, 16. Mittelschule.

Sonstige Organisationen

- Des. Breslau. Montag, 7. Uhr, Sitzung Rathaus 7. Des. Langhor. Des. Mittwoch, 7.30 Uhr, gemütliche Bes.

Magistrats (!) abhängig machte, und so etwas Klassenkampf nennt. Genosse Ammon empfindet dem Aufserparatieren Scholz, seine Meinung in einer Erwerbslosensammlung zu vertreten. Allerdings paßt der Vortrager nach der Tribüne, die diesen Ausführungen Beifall zollt.

Die Eisbahn am Stadigraben. In am Sonntag eröffnet worden. Leider sind die Eintrittspreise so hoch bester, daß Arbeiterkinder vor allen Dingen aber Kinder von Erwerbslosen, an dem gesundheitsfördernden Eisport nicht teilhaben können.

Die Durchlegung am Siehdichfür. In letzter Zeit ist wiederholt die Frage aufgeworfen worden, wie es mit der Durchlegung eines Strahenzuges durch den Siehdichfür sehe. Insbesondere ist von manchen Seiten her gegen den Magistrat der Vorwurf erhoben worden, daß er nicht schnell genug mit dem Grundstückewerb vorrücke.

Der Magistrat berichtet: Im November sind bei der städtischen Preisprüfstelle, Büchersplatz 6/7 3. Etz. (Veränderter 402.71-73) 43 Bewerber von Privatpersonen und 15 Anfragen auswärtiger Behörden eingegangen.

Die Tätigkeit der Preisprüfstelle. Der Magistrat berichtet: Im November sind bei der städtischen Preisprüfstelle, Büchersplatz 6/7 3. Etz. (Veränderter 402.71-73) 43 Bewerber von Privatpersonen und 15 Anfragen auswärtiger Behörden eingegangen.

Die Durchlegung am Siehdichfür. In letzter Zeit ist wiederholt die Frage aufgeworfen worden, wie es mit der Durchlegung eines Strahenzuges durch den Siehdichfür sehe. Insbesondere ist von manchen Seiten her gegen den Magistrat der Vorwurf erhoben worden, daß er nicht schnell genug mit dem Grundstückewerb vorrücke.

Die Tätigkeit der Preisprüfstelle. Der Magistrat berichtet: Im November sind bei der städtischen Preisprüfstelle, Büchersplatz 6/7 3. Etz. (Veränderter 402.71-73) 43 Bewerber von Privatpersonen und 15 Anfragen auswärtiger Behörden eingegangen.

Die Durchlegung am Siehdichfür. In letzter Zeit ist wiederholt die Frage aufgeworfen worden, wie es mit der Durchlegung eines Strahenzuges durch den Siehdichfür sehe. Insbesondere ist von manchen Seiten her gegen den Magistrat der Vorwurf erhoben worden, daß er nicht schnell genug mit dem Grundstückewerb vorrücke.

Die Tätigkeit der Preisprüfstelle. Der Magistrat berichtet: Im November sind bei der städtischen Preisprüfstelle, Büchersplatz 6/7 3. Etz. (Veränderter 402.71-73) 43 Bewerber von Privatpersonen und 15 Anfragen auswärtiger Behörden eingegangen.

Die Durchlegung am Siehdichfür. In letzter Zeit ist wiederholt die Frage aufgeworfen worden, wie es mit der Durchlegung eines Strahenzuges durch den Siehdichfür sehe. Insbesondere ist von manchen Seiten her gegen den Magistrat der Vorwurf erhoben worden, daß er nicht schnell genug mit dem Grundstückewerb vorrücke.

Die Tätigkeit der Preisprüfstelle. Der Magistrat berichtet: Im November sind bei der städtischen Preisprüfstelle, Büchersplatz 6/7 3. Etz. (Veränderter 402.71-73) 43 Bewerber von Privatpersonen und 15 Anfragen auswärtiger Behörden eingegangen.

Die Werbearbeit vom Sonntag wird in der Woche fortgesetzt!



## Wöchentliche Beilage für die Org.-Arbeit im Bezirk Schlesien

### Die Arbeit der kommunistischen Fraktionen im RFB.

#### 1. Allgemeines

Viele Genossen werden sich fragen, brauchen wir überhaupt Fraktionen im Roten Frontkämpfer-Bund? Ganz gewiß! Die Kommunisten haben die Pflicht, in allen bestehenden proletarischen Organisationen Fraktionen zu bilden und Fraktionsarbeit zu leisten. Genau so, wie wir durch die Bildung von Fraktionen unter den Betriebsräten, in den Gewerkschaften, Genossenschaften, in den Sport-, Mieter-, Kulturorganisationen die Stosskraft derselben steigern und sie für unsere Ideen zu gewinnen trachten, dürfen wir die Zusammenfassung der kommunistischen Mitglieder im RFB. nicht vernachlässigen. Unser Bestreben muß sein, durch systematische Schulungs- und Kleinarbeit die Massen für uns zu gewinnen, um so die tatsächliche einheitliche Führung über die Massen zu bekommen. Das ist aber nur dann möglich, wenn wir zäh und ausdauernd um jede kleine Funktion auch im RFB. kämpfen, um sie den evtl. verkappten Feinden des revolutionären Proletariats aus den Händen zu reißen und den Kommunisten zu übergeben. Dadurch werden wir den RFB. auch organisatorisch festigen und ihn zu einer wirklich brauchbaren Waffe des Klassenkampfes machen.

#### 2. Die Methoden der Fraktionsarbeit im RFB.

Wie wir bei den einzelnen Organisationen mit unserer Fraktionsarbeit vorgehen, welche Strategie und Taktik wir anwenden, das hängt ganz eng mit der Einstellung der Mitglieder dieser Organisationen zur kommunistischen Partei zusammen. Wir müssen zunächst die Stimmung der Mitglieder untersuchen, wie stehen sie politisch, welche ideologische Einstellungen haben sie. Wie ist die Führung eingestellt, welches sind die besonderen Wünsche in bezug auf ihre Tagesfragen. Kurzum wir müssen die ganze soziale Zusammensetzung richtig kennen lernen. Unsere Genossen müssen genau prüfen, wie es in den einzelnen Unterbezirken, Ortsgruppen, Abteilungen, Gruppen des RFB. zu diesen Fragen aussieht, um die richtige Methode der Fraktionsarbeit zu finden. Hierfür kann man unmöglich ein bestimmtes Schema aufstellen, wie überhaupt alle Arbeit nur von der richtigen Einschätzung des betreffenden Milieus, das die Organisation umgibt, abhängt. Im Gegensatz zu den Gewerkschaften, Genossenschaften und allen anderen proletarischen Organisationen, die meistens von einem Wahl Paragraphen überlaster Sorte umgeben sind, wo ferner meistens alte, verkocherte Sozialdemokraten an der Spitze stehen, die bei dem geringsten Anlaß die Opponenten anschließen, ist die Fraktionsarbeit im RFB. leicht. Sie ist bei richtiger Anwendung der Methoden, weil der RFB. seinem ganzen Wesen nach eine revolutionäre Organisation ist, viel eher wie bei allen anderen Organisationen von Erfolg gekrönt. Beim RFB. besteht nicht so leicht die Gefahr, auch wenn ein Kommunist einmal etwas blöde vorgeht, daß er hinausgeschmissen wird.

Im RFB. ist bei der Fraktionsarbeit auch das noch ein großer Vorteil gegenüber allen anderen proletarischen Organisationen, daß die Mitglieder des RFB. der kommunistischen Partei meistens schon sehr nahe stehen. Wir brauchen diesen Mitgliedern bei der täglichen Arbeit nur das politische Ziel und die Richtung angeben. Bei diesem Vorgehen dürfen wir aber nicht so handeln, daß wir bei den Mitgliedern das Gefühl erwecken, als ob wir sie nur schmalzern wollen. Hier hängt unsere ganze Arbeit und der Erfolg von der sachkundigen Führung des Fraktionsvorsitzenden ab. Wählen wir diese Kräfte richtig aus, dann wird auch die Sympathie zur kommunistischen Partei anwachsen und der RFB. wird seinerseits Fortschritte machen.

#### 3. Die Aufgaben der Fraktionsarbeit im RFB.

a) Da der größte Teil der Mitglieder im RFB. weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert sind, aber zum größten Teil doch die Notwendigkeit des Klassenkampfes anerkannt haben, müssen unsere Fraktionen hier mit der geistigen Klärung der Mitglieder anfangen. Eine große Zahl von Arbeitern kommt zum Roten Frontkämpfer-Bund, weil sie der Ansicht sind, der RFB. sei die neu geschaffene Organisation, die mehr oder weniger schnell die Revolution machen wird. Dieser Glaube wird dadurch noch gestärkt, weil der RFB. eine ganz andere Organisationsform hat, wie die KPD. Sie sind der Auffassung, als sei der RFB. so'n Stückchen „Rote Armee“. Diese Auffassung zu überwinden helfen und die Mitglieder in die gegenwärtigen politischen Verhältnisse einführen, um sie für kommende Kämpfe vorzubereiten, gestützt auf die deutschen und russischen Revolutionserfahrungen, das ist eine sehr notwendige und unbedingt erforderliche Aufgabe unserer Fraktionen.

b) Alle, weder politisch noch gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die zum Roten Frontkämpfer-Bund kommen, haben, wenn auch nicht gerade vom RFB., doch eine falsche Auffassung von der Rolle der kommunistischen Partei. Daran ändert die Tatsache nichts, daß sie meistens schon mit der KPD. sympathisieren. Unsere Fraktionen müssen innerhalb des Roten Frontkämpfer-Bundes hierüber Klarheit schaffen. Ohne die zielklare und sichere Führung der KPD. kann es keinen revolutionären Sieg der Arbeiterklasse geben. Der RFB. ist also nur ein Teil der Avantgarde des revolutionären Proletariats, der die politischen Aufgaben der KPD. unterstützt, alle Arbeiter, die zwar revolutionär eingestellt, aber den Weg zur kommunistischen Partei noch nicht gefunden haben, sammelt.

c) Somit ist klar herausgeschält, daß der RFB. weder ein Ersatz für die kommunistische Partei sein kann, noch die revolutionären Aufgaben des Proletariats von demselben gelöst werden können. Aber auch bei einem Teil kommunistischer Mitglieder ist die Meinung vorherrschend, als sei der RFB. doch so'n Stückchen Ersatz für die Partei. Diese Genossen glauben der Partei einen Dienst erwiesen zu haben, wenn sie auch nicht gerade aus der Partei austreten, so doch ihre Fraktionen niederlegen, um ihre ganze Kraft dem RFB. zur Verfügung stellen zu können. Somit ist auch hier den Fraktionen eine Aufgabe gestellt, über die absolut Klarheit geschaffen werden muß. Ein guter Kommunist erfüllt seine Pflicht der Partei gegenüber nur dann, wenn er für die Partei im RFB. tätig ist.

d) Die kommunistischen Fraktionen im RFB. müssen es sich angelegen sein lassen, aus den RFB.-Mitgliedern Mitglieder für die Partei zu gewinnen. Das geschieht aber nicht so, daß man im Bausch und Bogen in den Mitgliederversammlungen darüber spricht, sondern, indem man durch persönliche Aufklärung von Mitglied zu Mitglied, dieselben für die kommunistische Partei zu gewinnen versucht. Diese Gelegenheit ist ein gutes Stückchen kommunistischer Arbeit im Roten Frontkämpfer-Bund, die man nicht der RFB.-Leitung überlassen darf, da dieselbe andere Aufgaben zu erfüllen hat.

e) Eine weitere Aufgabe unserer Fraktionen ist ferner, die RFB.-Mitglieder für die Arbeit der kommunistischen Betriebszellen zu interessieren. Aber auch hier ist von vornherein der Glaube zu zerstören, als ob der RFB. diese Arbeit übernehmen soll. Eine Unterstützung der Betriebszellen kann nur in dem Sinne in Frage kommen, daß sich die Mitglieder des RFB. an den, von der kommunistischen Betriebszelle getroffenen Veranstaltungen beteiligen.

f) Hand in Hand mit der Werbung neuer Mitglieder aus den Reihen des RFB. für die Partei muß gehen die Werbung neuer Mitglieder für die freien Gewerkschaften. Die Mitgliedschaft im RFB. darf aber unter keinen Umständen von der Zugehörigkeit zu einer freien Gewerkschaft abhängig gemacht werden, wenngleich unser Ziel dahin geht, alle Mitglieder des RFB. für die freien Gewerkschaften zu gewinnen. Diejenigen Mitglieder des RFB., die schon Mitglied einer freien Gewerkschaft sind, müssen wir dazu bewegen — auch wenn sie noch nicht Mitglied der Partei sind, — sich an der Fraktionsarbeit der Kommunisten in den freien Gewerkschaften zu beteiligen, um so an der Herausbildung eines linken Flügels in der Gewerkschaftsbewegung mitzuarbeiten.

#### 4. Wie organisieren wir die Fraktionsarbeit im RFB

1. Zur Fraktion gehören nicht nur alle leitenden Funktionäre, soweit sie Mitglied der KPD. sind, sondern alle eingeschriebenen Mitglieder der Partei. Die Leitung der Fraktionsarbeit im RFB. liegt nach Möglichkeit nicht in der Hand des Vorsitzenden des RFB., weil dies zu unliebsamen Vorkommnissen Anlaß geben kann.

2. Zur Gründung der Fraktion bestimmt die Parteileitung einen Genossen, dessen Nachfolger, der dann von der Fraktion gewählt wird, immer der Bestätigung der Parteileitung unterliegt. Der Fraktionsvorsitzende leitet die Fraktion. Er ist politischer und organisatorischer Bearbeiter des Ortsgruppen-, Untergau- oder Gauleiters und Verbindungsmann zwischen beiden Organisationen. (Eine gegenseitige Vertretung von Partei und RFB. in den engeren Leitungen darf grundsätzlich von der Fraktion nie zugelassen werden. Solche Verabredungen sind rückgängig zu machen, da sonst wiederum die Rolle der Partei verkannt wird und auch politisch unzulängliche Kräfte in unsere engere Parteileitungen delegiert werden könnten, was zu mancherlei Gefahren führt.)

3. Die Fraktionsvorsitzenden (oder Obleute) müssen örtlich und bezirklich zusammengefaßt werden. Die Bezirksfraktionsobleute müssen ständig mit der Bezirksleitung und durch dieselbe mit der Zentrale in Verbindung stehen.

4. Die Fraktionsobleute haben in den regelmäßigen Vorbesprechungen die Aufgaben, die in der Mitgliederversammlung erledigt werden sollen, zu verteilen, sowie die einzelnen Redner zu bestimmen. Jede Neuwahl des Funktionärkörpers im RFB. muß besprochen und vorbereitet werden und hat der Obmann für gute Fraktionsdisziplin Sorge zu tragen.

5. Politische Differenzen, die sich im RFB. zwischen unseren Parteigenossen herausstellen, dürfen nicht in den Abteilungsabenden, Mitglieder- oder öffentlichen Versammlungen des RFB. ausgetragen werden, sondern sind unbedingt in die Fraktionsitzungen zu verweisen, falls sie dort nicht geregelt werden können, der zuständigen Parteileitung zu unterbreiten. Auch dürfen parteitaktische Auseinandersetzungen, wie überhaupt jede innerparteiliche Angelegenheit nicht in den Mitgliederversammlungen des RFB. behandelt werden.

Es darf nicht vorkommen, daß Parteigenossen in RFB.-Veranstaltungen gegeneinander auftreten oder stimmen.

### Gewerkschaftsarbeit einer Betriebszelle

(Auszug aus dem Artikel von K. Sch.-Chemnitz in Nr. 2 des „Parteiarbeiter“)

Einen besonders großen Aufwand von planmäßiger und gründlicher Arbeit beansprucht in den nächsten Monaten die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb und Verband. Wir stehen hier vor mannigfaltigen und schwierigen Aufgaben. Ihre Bedeutung ist hinlänglich bekannt. Es kommt nur darauf an, nach wohlüberlegten Methoden zu arbeiten. In den Dienst dieser Arbeit muß die gesamte Zelle gespannt werden. Die erste Arbeit muß sein, die Feststellung des Organisationsverhältnisses des Verbandes im Betrieb. Denn ohne eine gründliche Uebersicht ist eine planmäßige Gewerkschaftsarbeit nicht möglich. Das fordert eine rege Mitarbeit jedes einzelnen Genossen. Es ist klar, daß bei dieser „Durchschnüffelung“ des Betriebes an und für sich schon dieser oder jener Genosse, sympathisierender und sozialdemokratischer Kollege „entdeckt“ wird, an dem die aktiven Genossen bisher achtlos vorbeigingen. Es sei hier zur Illustration ein Beispiel planmäßiger Organisationsarbeit angeführt, das erst die Grundlage schaffte, um unsere Aufgaben in den Betrieben und in den Gewerkschaften erfüllen zu können.

Vor den Genossen der maßgebenden Industrie am Ort stand die Aufgabe: Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Vertrauensleute und der Ortsverwaltung. Die Fraktionsleitung gab drei Monate vor der Wahl einen Fragebogen an 62 Zellen der in Frage kommenden Industrie. Das Ergebnis von 48 ausgefüllten Fragebogen war folgendes:

1. In den 48 Betrieben sind 28 010 Beschäftigte.
2. Davon sind organisiert in freien Gewerkschaften 5504.
3. In den 48 Betrieben arbeiten 911 Genossen, von denen
4. 178 noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind.
5. Von den 5564 Organisierten sind weiter 1700 SPD.-Kollegen,
6. 1352 Sympathisierende mit der KPD.,
7. 1361 Sympathisierende mit der SPD.
8. Es sind im vorigen Jahre in diesen 48 Betrieben 49 KPD.- und
9. 164 SPD.-Vertrauensleute gewählt worden.

Erreicht wurde mit dieser Arbeit:

1. Daß unsere Genossen eine klare Uebersicht über die Organisation in ihren Betrieben erhielten.
2. Eine Uebersicht über die noch nicht organisierten Genossen.
3. Die Feststellung des gegenseitigen Kräfteverhältnisses.
4. Stellte sich einwandfrei heraus, daß nur ein Drittel den Gewerkschaftskollegen politisch organisiert sind, während zwei Drittel politisch — indifferent sind.
5. Ist dadurch erwiesen, daß die Anzahl unserer Vertrauensleute in keinem Verhältnis zu unserer Stärke steht.

Der Fraktionsleitung gibt dieses Ergebnis erst die Möglichkeit, systematische Gewerkschaftsarbeit machen zu können. Weiter war als Erfolg eine gute Verbindung zwischen Fraktionsleitung und Betriebszelle zu buchen. Die Leitung war in 38 Zellen, die innerhalb acht Wochen stattfanden, persönlich anwesend. Ein weiteres Ergebnis war ein gesteigertes Interesse der Genossen an der Gewerkschaftsarbeit im allgemeinen und an der Fraktionsarbeit im besonderen. Geschaffen ist dadurch die Plattform, die notwendige Grundlage zur Durchführung der Wahl.

Zwar vermindert sich die Zahl der gewerkschaftlich unorganisierten Genossen von Woche zu Woche, jedoch ist die Fraktionsleitung in Verbindung mit den Zellenleitungen ernstlich bemüht, auf dem schnellsten Wege die Genossen restlos der Organisation zuzuführen. Daß der Verband im 3. Quartal über 1000 neue Mitglieder gewonnen hat, dürfte nicht zuletzt ein Erfolg unserer vorerwähnten Aktionen sein.

Gewiß ist damit das Thema, wie eine Zelle arbeiten soll, nicht erschöpft. Es war nur meine Absicht, einen kleinen, aber wichtigen Abschnitt dieses Themas zu geben. Hoffentlich ist es mir gelungen, den Genossen im Reich einige Hinweise für ihre Arbeit gegeben zu haben.

### Was ist der Parteiarbeiter?

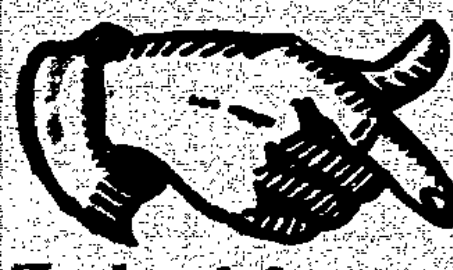
### Das Zentralorgan der Funktionäre der KPD.

Durch die Umstellung auf Betriebszellen ändern sich die Methoden unserer Arbeit auf allen Gebieten der Parteitätigkeit grundlegend. Es war schon nicht leicht, die Gesamtmitgliedschaft ideologisch von der Wohnorganisation auf die neue Zellenorganisation umzustellen. Schwieriger ist es noch, jedem Genossen klar zu machen, wie die Arbeit der Betriebs- und Straßenzellen und der Fraktionen in den Gewerkschaften und außerparteilichen Massenorganisationen zu organisieren ist. Die Art der Zusammensetzung und die Arbeitsweise der Leitungen spielt dabei eine große Rolle. Das Zentralkomitee hat wohl Richtlinien für die Zellen- und Reorganisationsarbeit herausgegeben, die die große allgemeine Linie unserer Arbeit festlegen. Aber in der täglichen Praxis, bei jedem Schritt den wir in der Reorganisation der Partei vorwärts gehen, steigen in der Kleinarbeit neue Fragen auf, auf die wir Antwort geben müssen.

Um jedem Funktionär in der Zelle, Fraktion, Zellengruppe, Ortsgruppe — ob er Pol-, Org., Gewerkschafts-, Agitproletar, Kassierer oder verantwortlich für irgendein Ressort ist — bei seiner Arbeit zu helfen, wurde der „Parteiarbeiter“ als monatliches Organ der Funktionäre des Reiches geschaffen. Die Genossen, die die wichtige Kleinarbeit in Betrieb, Gewerkschaft in den verschiedenen Fraktionen, in den Ortsgruppen und Betrieben durchführen, sollen hier alle ihre Erfahrungen niederlegen, damit alle Funktionäre im Reich daraus lernen bzw. sie verwerten können. Wenn alle Funktionäre durch Bekanntheit ihrer eigenen Erfahrungen im „PA.“ mitarbeiten, werden wir rascher als bisher im ganzen Reich in unserer Organisationsarbeit vorwärts kommen. Denn viel mehr als die schönsten Thesen überzeugen die lebendigen Beispiele aus der Praxis. Es liegt daher in der Hand aller Funktionäre der KPD., besonders der kleinen Parteiarbeiter, ob der „PA.“ wirklich ihr Zentralorgan wird. Die erste Nummer des „Parteiarbeiters“ erreichte eine Auflage von 10 000.

Wie das in diesen Tagen erschienene Heft Nr. 2 des „Parteiarbeiter“ beweist, ist die Frage der Mitarbeit der Funktionäre aus dem Reich bereits zu einem großen Teil gelungen. Zwei Drittel der Beiträge der diesmal 48 Seiten starken Schrift: Beispiele, Erfahrungsmaterial aus der Praxis der Kleinarbeit, wurde von den Genossen aus den verschiedensten Orten des Reiches geliefert. Die Fragen des organisatorischen Aufbaues: Frage der Straßenzelle, Methoden der Umstellung treten in diesem zweiten Heft des „PA.“ schon mehr in den Hintergrund. Dagegen nimmt den breitesten Raum ein die Frage der Arbeit der Betriebszellen, der Gewerkschaftsfraktion, der Agitproparbeit im Betrieb, im Wohnviertel, auf dem Lande. Die Beispiele aus der Gewerkschaftsarbeit, die den Zusammenhang zwischen Zelle und Fraktion aufzeigen, sind besonders wertvoll.

Als Beilage sind in dieser Nummer des „PA.“ die Richtlinien über die Anwendung der Kartei, die Richtlinien über die Beitragskassierung und -Abrechnung (unentbehrlich für jeden Kassierer) beigelegt. Jeder Kommunist, der irgendeine Funktion in der Partei hat, muß dieses wichtige Heft Nr. 2 sofort beim Literaturobmann oder in der Parteiluchhandlung bestellen. Das 48 Seiten starke Heft kostet 20 Pfg. Eventuelle Nachbestellungen müssen von den Ortsgruppen sofort gemeldet werden.



Das Funktionärorgan der Partei: **Der Parteiarbeiter**  
 Das theoretische Organ der Partei: **Die Internationale**  
 Das Organ für Gemeindepolitik: **Die Kommune**

Zu beziehen durch den Literaturobmann.